

ÖVP und SPÖ im Burgenland: Aufeinandertreffen der Finanzexperten!

Im Burgenland alteriert die SPÖ auf ÖVP-Vorstoß zur Finanzprüfung. Spannungen um Finanzausgleich und Gemeindefinanzierung im Fokus.



Burgenland, Österreich - Im Burgenland spitzt sich die politische Diskussion um die Finanzen zu. Die ÖVP hat kürzlich einen Auftrag an den Landesrechnungshof vergeben, um die finanzielle Situation des Bundeslandes zu überprüfen. SPÖ-Klubobmann Roland Fürst reagiert auf diesen Schritt mit einer gewissen Gelassenheit, sieht sich aber durch die vorangegangenen Aktionen der ÖVP in die Defensive gedrängt. Es ist zur Gewohnheit geworden, dass die SPÖ oft eine Pressekonferenz ansetzt, kurz bevor die ÖVP dies tut. Dies zeigt, wie intensiv der Wettlauf um die öffentliche Wahrnehmung ist, wie **derStandard** berichtet.

ÖVP-Klubobmann Bernd Strobl erklärte, dass die Überprüfung

den Zeitraum von 2014 bis 2025 abdeckt. Ziel ist es, herauszufinden, ob das Burgenland im Vergleich zu anderen Bundesländern ein „negativer Ausreißer“ ist und die Ertragsanteile des Bundes korrekt verteilt wurden. Strobl kritisiert, dass die Abzüge in den Ertragsanteilen massiv ausgeweitet wurden und dies nicht ausreichend begründet sei. Es sei an der Zeit, Klarheit über diese finanziellen Fragen zu gewinnen, um zusätzliche Investitionen nicht verschieben zu müssen.

ÖVP pocht auf Transparenz

Die ÖVP sieht die Verantwortung für die Finanzmisere bei den Gemeinden weniger beim Bund, sondern vielmehr bei den Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden. Diese Argumentation stößt bei der SPÖ auf Unverständnis. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, ebenfalls von der SPÖ, hatte den Finanzausgleich mitverhandelt, was die Kritik der ÖVP an der Aufteilung betrifft. Hier stellt sich die Frage, ob die ÖVP nicht selbst einen Anteil an der Verantwortung trägt.

In einem breiteren Kontext stehen diese Finanzfragen im Zusammenhang mit den neuerlichen Einigungen über den Finanzausgleich. Hier wurde ein Rahmen für frische Bundesmittel für Länder und Gemeinden geschaffen, wobei die genauen Details bis zum 22. November festgelegt werden sollen. Laut **kommunal.at** sind die Prognosen für die Gemeindeertragsanteile im Jahr 2024 aufgrund von wirtschaftlichen Einbrüchen dreimal nach unten korrigiert worden. Dennoch hat es eine Einigung gegeben, die erneut zeigt, dass Bund und Länder auf finanzielle Änderungen hinarbeiten, um den Gemeinden unter die Arme zu greifen.

Neue Finanzmittel zur Unterstützung

Insgesamt fließen in den Finanzausgleich 2,4 Milliarden Euro jährlich, was einen bedeutenden Fortschritt gegenüber früheren Angeboten darstellt. Diese Mittel, so berichten Experten,

könnten helfen, die weitere finanzielle Stabilität der Gemeinden zu fördern. Ein einmaliger Rückzahlbarer Sondervorschuss von 300 Millionen Euro ist ebenfalls in Aussicht und soll die Liquidität der Gemeinden stärken. Das sind positive Nachrichten, die jedoch von der aktuellen Diskussion um die gerechte Aufteilung der Mittel überschattet werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Zusammenspiel der politischen Parteien im Burgenland derzeit von Spannungen geprägt ist. Die ÖVP drängt auf eine erneute Überprüfung der finanziellen Situation, während die SPÖ mit den getroffenen Entscheidungen haderte. Dieser Wettlauf um die Deutungshoheit über die finanzielle Gesundheit des Burgenlandes hat erst begonnen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob eine Einigung die Gemüter beruhigen oder die Fronten weiter verhärten wird.

Details	
Ort	Burgenland, Österreich
Quellen	• www.derstandard.de • kurier.at • kommunal.at

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at